



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/247 - 24.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Blank-Phantasien	S. 1
Begegnung in La Brevière	S. 3
Adenauer, Lehr und das deutsche Ansehen	S. 5
Die Kommunalwahlen und die Frauen	S. 6

W u n d e r w a f f e E V G

(sp) Auch in Berlin hat der Bundeskanzler kürzlich wieder erklärt, die Westverträge würden zur Wiedervereinigung in Frieden führen. Wie das geschehen soll, verschwieg er. Am Mittwoch fügte er im Bundestag hinzu, die Verträge würden auch eine Lösung der Saarfrage erleichtern. Warum? Auch darüber schwieg er sich aus. Aber wie sollte es bei so demonstrativem Optimismus überraschen, wenn nun auch des Bundeskanzlers Mitarbeiter die Verträge zum Anlass nehmen, ebenso unbegründete wie grosse Hoffnungen in der deutschen Bevölkerung zu wecken?

Der Sicherheitsbeauftragte Blank hat im "Bulletin" der Bundesregierung eine der kühnsten der bisherigen Behauptungen aufgestellt. Er behauptet (und nicht bewiesen), dass die Verträge Gleichberechtigung, Einheit, Freiheit und Frieden brächten, so sagt Blank, mit den zwölf deutschen Kampferbänden im Rahmen der sogenannten EVG würde sich "das heute noch bestehende ungünstige Kräfteverhältnis zwischen der europäischen Verteidigung und einem möglichen Angreifer aus dem Osten erheblich veränderr". Blank meint weiter, für das für Verhandlungen mit dem Osten wichtige Kräftegleichgewicht sei der deutsche Verteidigungsbeitrag "von grosser Bedeutung". Die mit diesem Beitrag entstehende Veränderung des Kräfteverhältnisses würde "zu einer

Änderung der gesamten Verteidigungsplanung" des Westens führen. Mit anderen Sätzen seines Artikels erweckt dann Blank den Eindruck, als wäre im Falle eines Krieges die Gefahr eines sowjetischen Einbruches in das deutsche Gebiet bei Vorhandensein der Divisionen geringer, als sie es heute ist.

Wir wissen nicht, für wie urteilslos Herr Blank die Menschen in Deutschland hält oder wie weit er selbst die Fähigkeit zur realistischen Beurteilung der Situation verloren hat. Selbst wenn wir schon acht Wochen vor dem Wahltermin stünden, könnte doch kein Mitglied der Regierung irgendjemandem in der Bundesrepublik weiss machen, die zwölf Divisionen würden im Falle eines Angriffes aus dem Osten einen Einbruch in deutsches Gebiet verhindern. Was sind diese Divisionen, gemessen an der Stärke der Truppen, die Moskau im Falle eines Angriffes in die Schlacht führen würde? Sie würden so wenig ins Gewicht fallen, wie sie das militärische Gleichgewicht zwischen West- und Ost wesentlich verändern können. Dieses Gleichgewicht wird heute und wird auch nach Inkrafttreten der Verträge durch die USA bestimmt, und wenn eine Macht die Sowjetunion vor einem Angriff zurückhält, dann werden das die amerikanischen Waffen sein, aber nicht die Divisionen der EVG. Auch, wenn diese Verteidigungsgemeinschaft besteht, hängt der Frieden in der Welt - genau wie heute - davon ab, dass die Sowjets, wenn sie sich mit Angriffsabsichten tragen sollten, davon überzeugt sein müssen, dass sie wohl die erste Schlacht gewinnen, aber die letzte Schlacht eines dritten Weltkrieges verlieren müssen.

Daran, dass die erste Schlacht auf deutschem Boden geschlagen und für uns Deutsche vernichtende Wirkung haben würde, ändern die zwölf Divisionen nicht das geringste. Es wäre besser, wenn jede Stelle und jeder Mann der Regierung in dieser Frage Willen zur Offenheit gegenüber dem Volk und nicht Willen zur Propaganda beweisen würde. Auch Blank sollte nicht vergessen, dass die Jahre, in denen eine Regierung dem deutschen Volk nicht nur seine Sicherheit, sondern auch den Endsieg durch Wunderwaffen versprach, ohne dass es dafür eine Chance gab, nicht sehr lange her sind.

Die NATO, Europa und die Deutschlandfrage

Von einem Teilnehmer an den Gesprächen in La Brevière

Wohl erstmalig in der Geschichte der Sozialistischen Internationale hatte sich im Hjalmar Branting-Institut in La Brevière (Nordostfrankreich) eine Gruppe von jüngeren Parlamentariern, Journalisten und sonstige im politischen Leben ihrer Länder stehende Sozialisten zusammengefunden, um durch Aussprachen und Diskussionen eine Klärung der Anschauungen zu erreichen. Die stille Abgeschiedenheit dieses kleinen französischen Bauerndorfes, mitten im Wald von Compiègne gelegen, kam dieser Begegnung internationaler Sozialisten trefflich zugute. Es ging nicht um Beschlüsse oder um die Ausarbeitung patentierter Lösungen; das wäre vermessen gewesen. Die gemeinsame sozialistische Überzeugung schließt gegensätzliche Auffassungen in Fragen der praktischen internationalen Politik nicht aus. Worauf es ankam, war durch unmittelbares Bekanntwerden mit den besonderen Schwierigkeiten und Aufgaben, vor denen heute alle sozialistischen Parteien Europas, ob in Regierung oder Opposition, ob im Heimatlande oder im Exil, stehen, ein größeres gegenseitiges Verständnis zu erzielen. Und das wurde erreicht.

Kleineuropäische oder atlantische Lösungen ?

Den Rahmen für alle Vorträge und Diskussionen setzte der junge Abgeordnete des britischen Unterhauses, Denis Healey mit einer Analyse der gegenwärtigen Weltsituation und der Bedeutung der NATO, und damit eng zusammenhängend, der deutschen Frage und der Stellung Deutschlands zwischen West und Ost in der Auseinandersetzung mit dem östlichen Totalitarismus. Denis Healey gehört zu den hoffnungsvollen außenpolitischen Fachleuten der Labour Party. Er ist mehrfach durch aufsehenerregende Artikel hervorgetreten. Sie haben stark das außenpolitische Programm der Labour Party beeinflusst. Die unbedingte und pointierte Ablehnung aller, auf Kleinearopa fusenden Integrationspläne mußte in dieser Schärfe auch die deutschen Teilnehmer überraschen; nach Healey - und er befand sich hier auf gutem Boden - sind diese Pläne nicht geeignet, die Abwehrkraft des Westens zu stärken. Sie führen eher zu einer neuen Spaltung Europas, sie entfremden Skandinavien und Großbritannien und beschwören die Gefahr eines Kleinsteuropas herauf, in dem die reaktionären Kräfte dominieren und das deutsch-französische Verhältnis mit neuen Spannungen belasten. Denis Healey sieht in einer deutschen Mitgliedschaft am Atlantikpakt den besseren Weg, ein Gedanke, der in Großbritannien und den nordischen Ländern in letzter Zeit stark an Boden gewonnen hat.

Um es gleich zu sagen: Für fast alle europäischen Sozialisten ist die deutsche Wiedervereinigung in Freiheit eine der Bedingungen für die Herbeiführung eines dauernden Weltfriedens. Ein gespaltenes Deutschland bedeutet einen Unruheherd, der auch dann nicht aus der Welt geschafft ist, wenn man einen Teil Deutschlands militärisch an den Westen bindet. Das machte auch besonders der

Vorsitzende der französischen Sozialisten, Guy Mollet, klar. Für ihn bleibt als die wichtigste Aufgabe der Westpolitik das Zustandekommen eines geeinten Europas unter Einbeziehung Großbritanniens und Skandinaviens. Im Gegensatz zur britischen Labour Party sehen Mollet und mit ihm alle französischen Sozialisten in der kleineuropäischen Lösung einen, wenn auch fragwürdigen Notbehelf, nach deren Auffassung eher geeignet, die sich aus einer deutschen Wiederaufrüstung ergebenden Gefahren auf ein Mindestmaß zu bannen.

Der Alpdruck der deutschen Wiederaufrüstung

So war man mittendrin in der vielschichtigen Problematik eines deutschen Wehrbeitrages, die heute das internationale Denken so stark beherrscht und je nach dem Standort der verschiedenen Länder und Parteien, verschiedenes Gewicht erhält. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Willy Brandt hatte es nicht schwer, in diesem Kreis junger Sozialisten - verhältnismäßig stark waren die Skandinavier und die Exilparteien der Ostländer vertreten - Verständnis für die einmalige und durch die Spaltung ihres Landes bedingte Lage der deutschen Sozialdemokratie zu erwecken. Er brachte sie auf die knappste Formel: Für den Westen geht es um die militärische Sicherung der vom Osten bedrohten Freiheit, für die SPD und das deutsche Volk neben der selbstverständlichen Sicherung der Freiheit um die Wiedererlangung der deutschen Einheit. Das gegenwärtige System der Westverträge diene keinem von beiden; es gefährde mit der dem deutschen Volk vorenthaltenen Gleichberechtigung das eine und erschwere das andere.

Der Amerikaner Gaussmann, an verantwortlicher Stelle in Paris tätig, unterstrich die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit aller sozialistischen Parteien mit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Diese hat längst die Enge einer rein gewerkschaftlichen Betätigung überwunden. Sie ist heute die vorwärtstreibende Kraft jenes Amerika, das als stärkste Macht der Welt dem Schicksal der freien Welt bestimmt. Die Führungsrolle Amerikas wurde nicht bestritten, wohl aber die forsche und von psychologischer Rücksichtnahme nicht beschwerte Art, mit der viele an leitenden Stellen tätige Amerikaner heute in Europa in die politischen Verhältnisse der einzelnen Länder eingreifen, oft zum Schaden der Sache, die sie vertreten.

Gewandeltes Osteuropa

Großen Eindruck machten die mit Zahlenangaben belegten Ausführungen eines führenden Exil-Polen über die durch den Molotow-Plan schon herbeigeführten und noch weiter geplanten Veränderungen im Wirtschaftsgefüge der Satellitenstaaten. Ein riesiges Industriegebiet zwischen Warschau, Prag und Budapest ist im Entstehen. Von je 5 t Kohle, die in der Sowjetunion gefördert werden, entfällt eine auf die Satellitenstaaten, die entsprechenden Zahlen bei Öl lauten 3:1, bei Zement 2:1 und beim Stahl 4:1. Während die Sowjetunion für 1 t polnische Kohle 1,2 Dollar bezahlt, muß Schweden 22 Dollar entrichten. In diesen Zahlen wird das Maß der Ausbeutung sichtbar, dem die Satellitenvölker unterworfen sind, aber auch die wachsende Bedeutung, die sie im Rahmen der Sowjetwirtschaft haben. Die westlichen Politiker werden gut daran tun, diese neuen Tatsachen in ihrer Strategie zu berücksichtigen - übrigens auch die deutsche Bundesregierung, der anscheinend jede intime Kenntnis dieses Wandels fehlt, dessen politische und wirtschaftliche Konsequenzen gar nicht abzusehen sind.

Es gibt in der internationalen Politik keine Patentlösung. Auch die Sozialisten, obwohl durch gemeinsame Ideale verbunden, haben sie nicht aufzuweisen. Man kommt aber der Erarbeitung gemeinsamer Ziele wesentlich näher, wenn das Verständnis für die jeweilige Lage eines Landes und seiner Probleme wächst. Die Begegnung in La Brevière führte dazu.

Das deutsche Ansehen im Auslande

In den letzten beiden Bundestagssitzungen haben der Kanzler und der Innenminister zu ganz verschiedenen Komplexen Äusserungen sehr ähnlichen Inhaltes getan. Als der Bericht des Untersuchungs-Ausschusses über die Personalpolitik im Auswärtigen Amt zur Diskussion stand, machte Dr. Adenauer der Presse den Vorwurf, das Auswärtige Amt immer wieder angegriffen und dadurch in seinem Ansehen gegenüber dem Auslande geschädigt zu haben.

Weder auf die Personalpolitik im Auswärtigen Amt noch auf dem EDJ und seine Geheimorganisation, den Technischen Dienst, soll hier näher eingegangen werden. Das ist ausführlich und in aller Öffentlichkeit geschehen. Was aber darüber hinaus interessiert und bedenklich stimmt, sind die Ansichten des Kanzlers und des für die innenpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik massgebenden Ministers über die ausländische Reaktion auf diese beiden Vorgänge. Ihre Auffassung besagt nichts anderes, als dass nicht die Skandale dem deutschen Ansehen geschadet haben, sondern die Berichte darüber. Die Beschwerde bezieht sich nicht allein auf die Art und Weise, wie das in der einen oder anderen Zeitung oder Zeitschrift geschah (obwohl nach unserer Auffassung kein Missgriff vorgekommen ist, der es rechtfertigte, den Nachdruck darauf, und nicht auf die Materie selbst zu legen), sondern z.T. auch auf die öffentliche Behandlung der Gegenstände im Parlament. Das ist so ziemlich die Höhe für die Praxis in einer Demokratie, die sich parlamentarisch nennt.

Ein Blick in die grosse Presse des Auslands, gleich welcher Richtung und welchem Lande, beweist dagegen ganz klar, dass das deutsche Ansehen durch etwas ganz anderes Schaden genommen hat, dadurch nämlich, dass das Auswärtige Amt der Bundesrepublik als eine Nachfolgebehörde des Ribbentrop'schen Auswärtigen Amtes aufgezo-gen und dass dieser Sachverhalt erst durch die fleissige Arbeit eines Journalisten aufgehehlt wurde. Nicht dies zweite, sondern jenes erste wird überall im Auslande als Mißstand und gefährliches Symptom empfunden und kritisiert. Und nicht die Berichterstattung über EDJ und vor allem TD (Technischer Dienst), sondern die Existenz dieser Geheimorganisation ist der Stein des Anstosses. Selbst oberste Stellen der amerikanischen Verwaltung in Deutschland sind dieser Ansicht und das

sollte doch genug besagen.

Wenn die für beide Fragenbereiche zuständigen Minister der Bundesregierung diesen Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung nicht erkennen, ja ihn in das Gegenteil verkehren, dann ist das ein sehr schlechtes Zeichen. Dafür nämlich, dass beide, und sie haben es auch durch ihre Plädoyers für das heutige Auswärtige Amt und für den BDIJ offen bekundet, gar nicht sehen, was es zu beanstanden gibt. Bei alledem kommt es gar nicht so sehr auf Einzelheiten an. Wohl aber auf den Blick dafür, wieviel Unkraut auf dem aussenpolitischen wie innenpolitischen Felde schon wieder emporschiessen konnte, ohne dass jemand da ist, der sich in der Lage sieht, es auszureissen, obwohl er dazu nach seinem Amt berufen ist.

-u.

+ + +

Als Frauen noch "Die Gemütlichkeit störten"

H.H. Wenn am 9. November in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz rund 150 000 Gemeindevertreter gewählt werden, dann hängt der Ausgang dieser Wahlen zum wesentlichen Teil davon ab, wie sich die Frauen daran beteiligen. Nicht immer hatte die Frau das heute selbstverständliche Recht, selbst als Gemeindevertreter gewählt zu werden oder auch nur gleichberechtigt mit den Männern ihre Stimme abzugeben.

Bis zum Ersten Weltkrieg waren die deutschen Frauen von den Gemeindeämtern ausgeschlossen, da sie nicht als "Bürger" anerkannt wurden. Die Stein'sche Städteordnung vom 19. November 1808, die in Preussen das 1. Gemeindeverfassungsrecht schuf, verlieh allen Bürgern männlichen Geschlechts, deren Einkommen eine bestimmte Höhe erreichte, das gleiche direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe zu den Stadtverordnetenwahlen. Die Hamoversche Städteordnung vom 24. Juni 1858 schloss "Frauenzimmer" ausdrücklich vom Wahlrecht aus. Andere Städteordnungen, z.B. die für Hessen-Nassau vom Jahre 1897 gaben nur männlichen Bürgern das Wahlrecht. Aber auch für den Geltungsbereich derjenigen Gesetze, die nicht besonders auf die Frau Bezug nahmen, entschied das Oberverwaltungsgericht am 14. Januar 1908 noch, dass Frauen in Preussen kein Wahlrecht hätten.

Im Sommer 1906 hatten einige Frauen in Charlottenburg, Danzig und Liegnitz ihre Eintragung in die Wählerlisten beantragt. Sie begründeten ihren Anspruch damit, dass die Städteordnung von 1853 die Frauen nicht ausdrücklich vom Wahlrecht ausschliesse und dass überall im Sprachgebrauch der Gesetzgebung die männliche Wortform für beide Geschlechter gelte, falls nicht ausdrücklich Ausnahmen betont seien. Ausserdem seien nach der Verfassung alle Preussen vor dem Gesetz gleich. Da das Landrecht dem Recht der Städte übergeordnet sei,

dürfe also die Städteordnung nicht zweierlei Recht schaffen.

Alle drei Stadtverordnetenversammlungen lehnten die Anträge der Frauen ab. Die Bezirksausschüsse erkannten auf Abweisung der gegen diese Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung angestragten Klagen. Das Oberverwaltungsgericht schloss sich der Entscheidung der Bezirksausschüsse an, indem es erklärte: Bürgerrecht und Wahlrecht seien nicht gleichbedeutend. In der Städteordnung vom Jahre 1808 sei den Frauen ein Wahlrecht nicht zugestanden, vielmehr sei ihnen das Recht zum Erwerb von Grund und Boden und zur Ausübung eines Gewerbes gewährt worden. Wenn nun auch unter der Städteordnung von 1853 die Verhältnisse vielfach andere geworden seien, so enthalte die Städteordnung doch nichts, was für die Gewährung des Wahlrechts der Frauen spreche. Hätte der Gesetzgeber den Frauen dieses Recht gewähren sollen, dann würde er das klar zum Ausdruck gebracht haben.

Im Jahre 1909 lehnten die bürgerlichen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung Köln die Mitarbeit der Frauen in den Verwaltungsdeputationen ab, da sie die "Gemütlichkeit der Sitzungen störten".

1913 beantragte die SPD im Preussischen Landtag den Frauen in den Verwaltungsdeputationen das Stimmrecht zu geben. Diese Vorlage ruhte bis 1918 in den beiden preussischen gesetzgebenden Häusern.

1910 waren etwa 11 900 Frauen entweder ehrenamtlich oder besoldet in 304 Gemeinden in der kommunalen Wohlfahrtsarbeit, in der Schulverwaltung und im Arbeitsnachweis tätig. 1913 waren in den Stadt- und Landgemeinden Preussens mit mehr als 6 000 Einwohnern 17 960 Frauen in 553 Gemeinden kommunalpolitisch tätig.

In 45 Großstädten entwickelte sich die ehrenamtliche Mitarbeit der Frau wie folgt: 1910 = 6 520, 1913 = 9 216, 1915 = 10 560 Frauen.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die SPD das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen durchsetzte, war der Weg für die politische Betätigung der Frauen frei. Am 1. Januar 1920 wurden in 542 Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern 1 396 weibliche Stadtverordnete gezählt, wovon 663 der SPD angehörten.

+ + +